Der sekundäre Arbeitsmarkt : Nutzen nicht nachgewiesen, Mittel verschwendet, politisch repressiv

Autor(en): **Wallimann, Isidor**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **77 (1999)**

Heft 3

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-341500

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Der sekundäre Arbeitsmarkt:

Nutzen nicht nachgewiesen, Mittel verschwendet, politisch repressiv

Der sekundäre Arbeitsmarkt (sA) ist nicht loszulösen vom makroökonomischen Geschehen und von politökonomischen Machtverhältnissen im Kapitalismus, wo die VertreterInnen des Kapitals das Sagen haben. Der sA ist auch nicht zu denken ohne die vom Kapitalismus gewollte Arbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit ist kein Naturereignis. Sie wird politökonomisch gewählt und gewollt. *Einerseits* durch die anonymisierte, gewollt nicht mehr sozial

Isidor Wallimann

eingebundene Marktwirtschaft. Diese hat sozial deregulierte, chaotische, gesellschaftlich ineffiziente und ökologisch vernichtende Verläufe. *Andererseits* wird die Arbeitslosigkeit bewusst gewählt, obwohl in der Schweiz und andern Industrieländern noch ein immenser Verteilungsspielraum zur Existenzsicherung durch Lohnarbeit für die ganze Bevölkerung vorhanden ist. Trotzdem werden Vorstösse in diese Richtung «vom Kapital» auf volks- und betriebswirtschaftlicher Ebene systematisch bekämpft, und die gesellschaftlich viel teurere Lösung der Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung (A&A) favorisiert.

«Das Kapital» hat einen unersättlichen Appetit nach billiger Arbeitskraft und entwickelt unermüdlich Strategien, um diese Ware zu verbilligen. In den 90er Jahren hat das Grosskapital vor allem zur Strategie des Kapitalexportes, des Arbeitsplatzexportes und der Arbeitsplatzvernichtung gegriffen. Dabei wurden die Gesamtnachfrage beeinträchtigt, Kleinbetriebe in Bedrängnis und Konkurs gebracht und SchweizerInnen und AusländerInnen zu Tausenden in A&A der Allgemeinheit, den Versicherungswerken und der kommunalen Sozialhilfe zur «Anreicherung», «Wiederaufbereitung» oder «Endlagerung» überlassen. Dies bei riesigen und rasant wachsenden Profiten, wobei die Börse beinahe jede Massenentlassung mit einem Kursgewinn honorierte und die Gewinne des Grosskapitals sich wiederum in wachsendem Ausmass aus Börsengewinnen ableiteten. Dies ohne die Existenzbedroher – wie bei Umweltschäden üblich – nach dem Verursacherprinzip zu behaften.

Wurden früher Existenzangst und Lohnkonkurrenz noch nationalistisch durch Export der «Überschussbevölkerung» begrenzt, verweilen sie heute um so intensiver im Lande selbst. Dennoch bleibt der Arbeitsmarkt in Land und Betrieben rassistisch, sexistisch und «klassistisch» gestaltet, werden disproportional einige und nicht andere als Überschussbevölkerung deklariert, als Opfer verschimpft, in die A&A abgedrängt und wie überschüssige Äpfel nach Makeln verlesen. Aber wer unter uns Arbeitenden ist schon makellos?

Existenzbedrohung also «nur» für Unglückliche, die von undurchsichtigen Entlassungs- und Ausgrenzungsmachenschaften und -verfahren erfasst, von Ar-

beitgeberInnen und Politik als überschüssig und makelhaft definiert wurden und von den Anreicherungs-, Wiederaufbereitungs- und Endlagerstationen der Sozialpolitik (inkl. des sA) als wenig oder sehr makelhaft behandelt, stigmatisiert, sozial kontrolliert und/oder verwaltet werden:

- Anreicherung mit Bildungs- und andern Qualifikationselementen;
- Wiederaufbereitung durch Behebung von Verschleiss und Schäden, die unter herrschenden Produktionsbedingungen vor der Entlassung beim Arbeiten und nachher aufgrund des Status und der Behandlung als Arbeitslose und Ausgegrenzte entstanden sind;
- Verwaltung mittels Tagesstrukturen und anderen Angeboten zur Schadensbegrenzung in der Ausgrenzung;
- Vortäuschen von Wiedereingliederungschancen bei Vertiefung der Stigmatisierung und Stabilisierung der Ausgrenzung durch den sA.

Durch Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung wird die Pflege und Erneuerung des Humankapitals an die öffentliche Hand ausgelagert, die damit gewaltig überfordert ist.

Durch A&A wird die Pflege und Erneuerung des Humankapitals an die öffentliche Hand ausgelagert, die damit gewaltig überfordert ist. Für die Betriebe allerdings wird das Management ihrer Human Resources sofort günstiger. Die Alternative wäre, die Betriebe über eine existenzsichernde Verteilung der Lohnarbeit auch auf ein nachhaltiges Human Resources Management zu verpflichten. Statt dessen wird der Wohlfahrtsstaat zur sekundären, überbetrieblichen, ausgelagerten, nationalen und lokalen Abteilung für Human Resources gemacht. Dabei kann er aber in der Regel den Betroffenen keinen realistischen, direkten und wirksamen Arbeits- und Lernbezug zu einer früheren oder neuen Beschäftigung vermitteln.

Für die, die noch Zugang zum Arbeitsmarkt suchen oder sich zusätzlich qualifizieren, führt die Strategie der gewollten Arbeitslosigkeit ebenfalls zu Mehrauslagen für Bildung und Qualifikation auf individueller und staatlicher Ebene. Je überschüssiger das Humankapital erscheint, desto eher kann mit der Auslagerung der Qualifizierungs- und Bildungskosten auf Individuum und Öffentlichkeit vorangeschritten, können Humankapital und Lohnarbeit beim Einkauf verbilligt und Profite gesteigert werden.

Der sekundäre Arbeitsmarkt (sA) setzt ein, nachdem eine nachhaltige Beschäftigungspolitik vom Grosskapital (mit flankierender Unterstützung durch Nationalbank und Politik) trotz viel vorhandenem Spielraum bewusst abgeschlagen wurde, wobei auch das vom Grosskapital abhängige Gewerbe und Zulieferer unter Druck kamen und ihre Beschäftigung nicht halten konnten. Weiter setzte der sA erst dann ein, nachdem vor allem das Grosskapital auch eine existenzsichernde Verteilung der Lohnarbeit im primären Arbeitsmarkt (pA) verhindert hat. Unter den wenigen Ausnahmen ist hier der VW-Konzern zu nennen.

Der sA setzt da ein, wo die Methode der Ausgrenzung durch Arbeitslosigkeit vorangeschritten, wo durch *Aussperrung* die ökonomische und soziokulturelle Existenzsicherung von Massen gefährdet ist. Kurz, der sA wird gefördert, nachdem vor allem VertreterInnen des Grosskapitals zu Massenentlassungen gegriffen, den ArbeitnehmerInnen gewaltig aufs Dach gegeben und durch «Arbeitsverbot» Reservemassen zur intensiveren Lohnkonkurrenz gezwungen haben. Der sA soll sich nun der Ausgesperrten annehmen und das Unmögliche ermöglichen. Bei einem riesigen strukturellen Stellendefizit soll nun der sA die betroffene Bevölkerung sozial kontrollieren, disziplinieren und für sie die Zirkulation zurück zum pA gewähren. Dabei ergibt sich für den sA aber eine äusserst ungünstige ökonomische und politische Kosten-Nutzen-Rechnung:

1) **Organisation und Betreuung des sA verschlingen Unsummen,** die oft unter

Handlungszwang, ohne genügend Überblick oder Kontrolle bei öffentlichen und privaten Projektanbietern versikkern. Der sA wird zum wirksamsten Beschäftigungsprogramm für die Anbieter, nicht für von A&A Betroffene.

2) Der sA beteiligt sich am **«creaming off the poor»**. Nach undurchsichtigen Kriterien werden Arbeitslose und Ausgesteuerte in «förderungswürdig» und «nicht förderungswürdig» klassifiziert. Dabei werden Ressourcen und Wiedereingliederungschancen verteilt, auch nach Aspekten der sozialen Kontrolle.

3) **Der sA kann einen allfälligen sozialpolitischen Beitrag nicht nachweisen. Der ohnehin geringe Wiedereingliederungserfolg ist auf das Herauspikken von «guten Risiken» zurückzuführen.** Das verhilft den Anbietern zum Leistungsnachweis. Ihr «Erfolg» wird durch die Selektion gesteuert. Die selektionierten Personen hätten ohne sA-Projekte wahrscheinlich dieselbe Wiedereingliederungsquote.

4) **Der sA ist selten in der Lage, Arbeit und Ausbildung differenziert genug, Biographie-angemessen und Arbeitswelt-wirklichkeitsnah zu gestalten.** Das dämpft die Motivation, und die Arbeit wird wie Militärdienst erlebt. Dabei kommt den Betroffenen im Einsatz aber viel Betreuung zu. Personen und Hoffnungen werden aufgebaut, die meisten aber mangels Wiedereingliederungserfolg nach abgelaufener Einsatzfrist «hoffnungslos» fallengelassen. Dies trägt zur Desintegration bei und erhöht den Fatalismus.

5) **Als politisch verordnete Konkurrenz unterwandert der sA die Lohnstruktur**, erhöht die Anzahl der «working poor» und die Belastung der Gemeinden.

6) **Aufgrund der Pflichtbestimmungen, Leistungs-/Gegenleistungsregeln und Belohnungsmuster wird der sA zur neuen Institution für Zwangs- und Fronarbeit mit Staatsauftrag für Ausgesperrte,** die sich zu den heutigen Markt-/Machtbedingungen als LohnarbeiterInnen noch nicht «frei» dem Diktat der ArbeitgeberInnen unterwerfen dürfen.

Auswege?

1) Verschiedene Formen politischen Widerstandes mit dem Ziel der **Existenzsicherung durch Lohnarbeit für alle.**

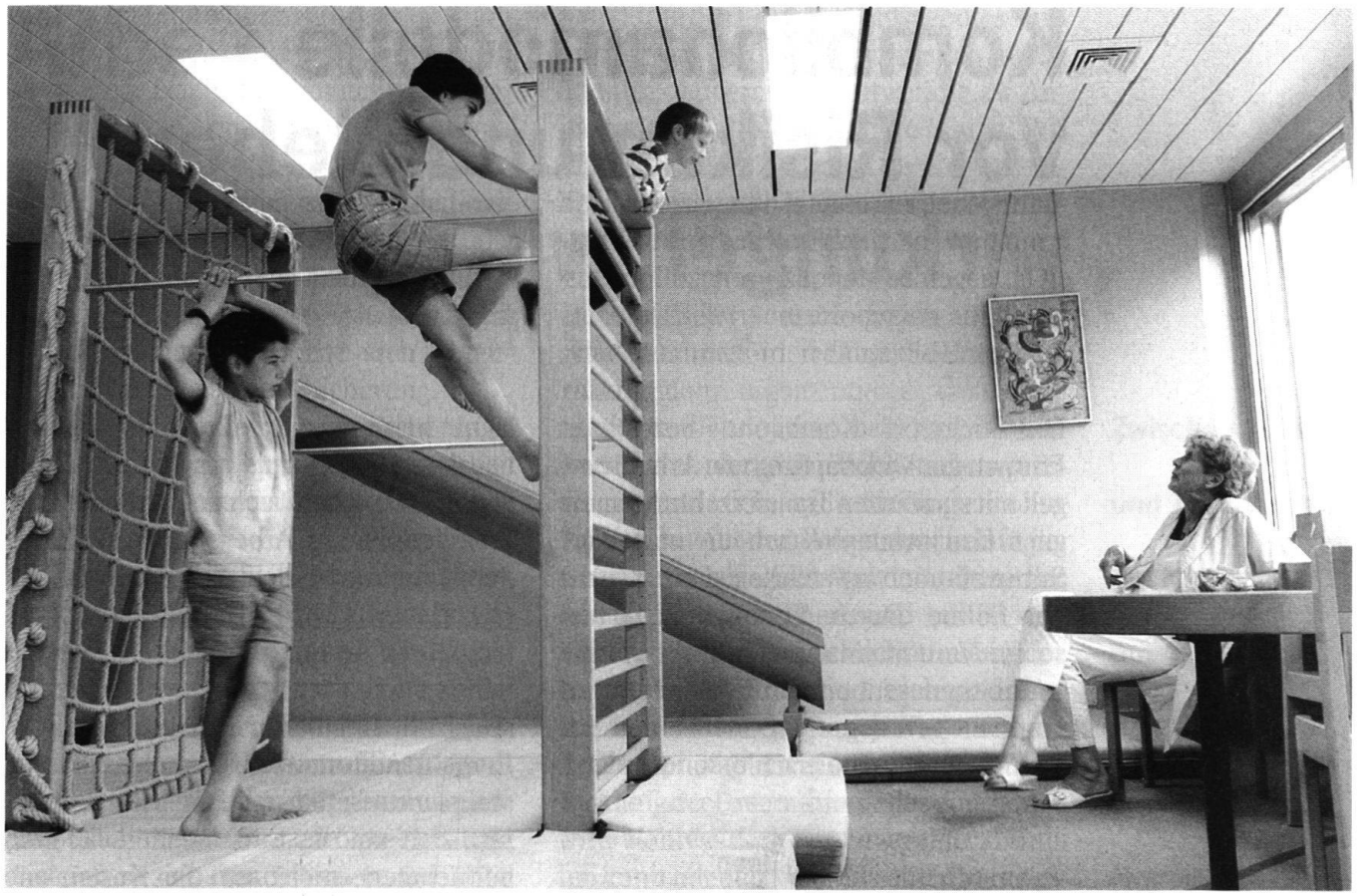
2) Bei Aussperrung und «Arbeitsverbot» das **Recht auf ein existenzsicherndes Grundeinkommen ohne Gegenleistungspflicht.** Einkommen höher als AHV.

3) Eine **Bildungs- und Ausbildungsoffensive** ohne Zwangsbeteiligung (auch tiefstschwellig) – losgelöst vom und in Verbindung mit dem formalen Bildungssystem.

4) **Offensive zur soziokulturellen Integration** in Verbindung mit der Förderung einer «Wirtschaft von unten für zukunftsfähige Arbeit», besonders in Quartieren mit verdichteter A&A.

5) **Förderung von «kollektiver Existenzgründung» und Selbsthilfegenossenschaften** (auch mit Teilzeitarbeitenden).

Auswahlbibliographie:
– Isabelle Bohrer/Isidor Wallimann: Armut: Eingliederung als neue Herausforderung für die Sozialhilfe – Das garantierte Mindesteinkommen (RMI) in Frankreich, Bern 1999.
– Susanne Schmid/Isidor Wallimann: Armut: «Der Mensch lebt nicht vom Brot allein» – Wege zur soziokulturellen Existenzsicherung, Bern 1998.
– Stefan Eugster/Esteban Pineiro/Isidor Wallimann: Entmündigung und Emanzipation durch die Soziale Arbeit – Individuelle und strukturelle Aspekte, Bern 1997.

Isidor Wallimann ist Lehrbeauftragter für Sozialpolitik an der Universität Fribourg.

Fotos: Lisa Schäublin